

## **Strukturwandel im Außenhandel: Österreichische Unternehmen ziehen sich aus Russland zurück**

Die Invasion Russlands in der Ukraine hat bei westlichen Unternehmen einen Dominoeffekt des Rückzugs ausgelöst. Für die österreichische Wirtschaft, die traditionell im Osten stark verwurzelt ist und auf eine stolze Expansionspolitik zurückblickt, bedeutet das einen gravierenden Strukturwandel. So zeigen der börsennotierte Feuerwehrausrüster Rosenbauer sowie der Flugzeugbauer FACC bereits die rote Karte und legen ihre Geschäfte am russischen Markt auf Eis. Die österreichische Wirtschaft ist vor dem Hintergrund einer [Rekordinflation im Frühjahr 2022](#) und der [volatilen Gaslieferungen](#) ohnehin schon sehr angespannt. Speziell der historisch am russischen Markt stark verzweigte österreichische Bankensektor ist im besonderen Ausmaß betroffen - so halbierte sich der [Aktienkurs der Raiffeisen Bank International in den letzten 2 Wochen](#). Für die österreichischen Unternehmen bedeutet die gegenwärtige Situation im Außenhandel einen Drahtseilakt: Einerseits sind viele von ihnen aktiv sanktionierend, andererseits werden Geschäftstätigkeiten aufgrund von politischen Sanktionsentscheidungen massiv eingeschränkt. Über weite Strecken sehr erfolgreiche österreichische Unternehmen, die vor der humanitären Katastrophe hohe Dividenden und Konzerngewinne erwirtschafteten – bspw. das Tochterunternehmen der Telekom Austria in Belarus – stehen plötzlich aufgrund von verschärften Sanktionen [mit dem Rücken zur Wand](#). Trotz der branchenspezifischen Ausreißer nach unten können die heiklen Sanktionsentscheidungen auch als Chance betrachtet werden, nämlich als Auftakt für eine Stärkung des EU-Binnenmarktes durch groß angelegte Investitionen in die europäische Infrastruktur. Große Hoffnungen werden auch auf die politischen Entscheidungen zur grünen Wende im Energiesektor gelegt, zumal der Machteinfluss Russlands primär mit einer Unabhängigkeit von russischen Gaslieferungen auf europäischem Terrain verringert werden kann. Erste Pflöcke zur Abfederung der Kosten des Strukturwandels sollen hierzu bereits im Rahmen des aktuellen [EU-Gipfeltreffens in Versailles](#) eingeschlagen werden.

## **Steigende Ölpreise als Belastung für Industrie und Endverbraucher**

Nimmt man die Zapfsäulen an den Tankstellen als Indikator für die aktuelle und bevorstehende Preisentwicklung, dann bahnt sich eine massive Belastungswelle für die Industrie und die Endverbraucher:innen an. Der sprunghafte Anstieg von konventionellem [Treibstoff auf über 2 € pro Liter](#) gleicht einer preislichen Disruption, die unterschiedliche Ursachen und gravierende Folgen hat. Die zentrale Ursache liegt in den stark schwankenden Ölpreisen, die aufgrund des Ukrainekriegs nach oben geschneit sind. Dieser Anstieg ist vor dem Hintergrund potenzieller Engpässe und Wirtschaftssanktionen nachvollziehbar, jedoch – und das macht die Großwetterlage der Wirtschaftspolitik besonders problematisch – war das Preisniveau bereits vor Kriegsausbruch vor dem Hintergrund der starken Konjunkturphase sehr hoch. Diese spezielle Verbindung zwischen einerseits hohen Inflationsraten aufgrund positiver Konjunkturprognosen und andererseits den massiven zusätzlichen Verteuerungen bezüglich der Furcht vor der Rohstoffverknappung, treiben die Treibstoffpreise in die Höhe. Nimmt man als Vergleichswert die Treibstoffpreise vor einem Jahr, dann ergibt sich eine Mehrbelastung von knapp einem Drittel pro Liter. Dieser direkte Preisanstieg hat wiederum europaweite Auswirkungen auf die Produktion in den Industriesektoren und die Strom-, Wärme- und Mobilitätspreise der Endverbraucher:innen. Erfahrungsgemäß wird diese Preisentwicklung auch eine empfindliche Verteuerung der Produkte des täglichen Bedarfs verursachen

und den Ruf nach sozial- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen laut werden lassen. So werden auf innenpolitischer Ebene bereits Zweifel laut, ob der eben erst [beschlossene Teuerungsausgleich](#) die steigenden Energiepreise abfedern kann, zumal der Beschluss noch vor der russischen Invasion in Kraft getreten ist. Auch eine altbekannte steuerpolitische Forderung wird aus der politischen Interventionskiste hervorgeholt, nämlich das [Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Treibstoffpreise](#). Inwiefern solche Maßnahmen umweltpolitisch sinnvoll und sozialpolitisch fair sind, muss gesondert bewertet werden. Jedenfalls ist die Verteuerung des Faktors *motorisierte Individualmobilität* ein Zankapfel – so fordern die [Wirtschaftskammer und der ÖAMTC das Verschieben der geplanten CO<sup>2</sup>-Steuer](#). Ein weiterer Hebel, der zumindest eine gewisse soziale Treffsicherheit bietet, könnte die Erhöhung der Pendlerpauschale sein. Unabhängig dieser spezifischen Einzelmaßnahmen zeigen die volatilen Ölmärkte wieder einmal die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern auf und unterstreichen die Notwendigkeit einer zügigen Umsetzung der europäischen und nationalen Modernisierungsbestrebungen im Zuge des „[europäischen Grünen Deals](#)“.

### **Rekordinflation: EZB in der Zwickmühle**

Bereits vor der russischen Invasion lag die Inflationserwartung im EU-Raum weit über dem [mittelfristigen Inflationsziel von 2 % der EZB](#). Der hohe Inflationswert verursachte zum Jahreswechsel Kopfzerbrechen und ist ein Schlüsselthema bei den anberaumten [geldpolitischen Sitzungen im EZB-Rat](#). Der Wert liegt im Vergleich zu den im Herbst prognostizierten 1,9 % deutlich über der Erwartung. Grund für den massiven Preisanstieg ist nicht zuletzt die [Teuerung der Energiepreise im Euroraum](#). Für die österreichische Wirtschaft prognostiziert die Statistik Austria mit Stand Dezember 2021 für das Jahr 2022 eine [Inflationsrate von 3,8 %](#). Wäre diese Ausgangslage nicht schon bedrohlich genug, steht seit dem Kriegsausbruch in der Ukraine die Konjunkturerwartung auf dem Kopf. Das für den 10. März geplante [Zinstreffen des EZB-Rats](#) könnte einen Wendepunkt einleiten, Beobachter sprechen sogar vom „heikelsten Moment“ seit der Gründung der EZB. [Die währungs- und konjunkturpolitische Situation ist ohne Zweifel dramatisch](#), zumal sich auf bereits sehr hohem Inflationsniveau die Auswirkungen des Krieges in Form einer eklatanten Preissteigerung auf den Rohstoffmärkten zuspitzt. Zusätzliche Brisanz birgt auch der Verweis auf die Pandemiebewältigung, denn die wirtschaftliche Erholung nach zwei Krisenjahren steht ebenfalls auf wackligen Beinen und kann sowohl aufgrund der Ölpreisentwicklung als auch durch zinspolitische Eingriffe ins Wanken geraten. Wirtschaftsexperten befürchten als Worst-Case-Szenario sogar eine [Stagflation](#), also eine stagnierende Wirtschaftsleistung bei zeitgleicher Inflation. Die Stabilisierung der Währungspolitik ist ein Grundpfeiler des europäischen Binnenmarktes, umso gespannter sind die Blicke in Richtung Frankfurt geheftet, ob die geplante Zinserhöhung aufgrund der aktuellen Situation abermals verschoben wird.